

EU legalisiert Strafen ohne Gerichtsverfahren

In ihrem Bestreben, Russland zu besiegen, hat die EU begonnen, ihre eigenen Bürger sowie die von Drittstaaten – wie meine Landsleute Nathalie Yamb und Jacques Baud – zu sanktionieren. Doch was sind diese Sanktionen eigentlich im internationalen Rechtssystem? Um diese Frage zu beleuchten, ist Dr. Alexandra Hofer, Assistenzprofessorin für Öffentliches Völkerrecht an der juristischen Fakultät der Universität Utrecht, zu Gast. Links: Publikationen von Dr. Hofer: <https://www.uu.nl/staff/ASHofer/Publications> Neutrality Studies Substack: <https://pascallottaz.substack.com> (Option für den akademischen Bereich in den Profileinstellungen aktivieren: <https://pascallottaz.substack.com/s/academic>) Goods Store: <https://neutralitystudies-shop.fourthwall.com> Kapitelmarken: 00:00:00 Einführung: Was ist Sanktionsrecht? 00:04:50 Rechtliche Begründungen und die Zielrichtung auf Einzelpersonen 00:10:49 Die Grenzen der gerichtlichen Überprüfung (EuGH) 00:18:22 Menschenrechtswege und die EU-Grundrechtecharta 00:26:02 Verfassungsmäßiger Schutz vs. Exekutivgewalt 00:31:01 Anfechtung des Sanktionsregimes und der Mitgliedstaaten 00:42:49 Diplomatische Immunität und politische Lösungen 00:57:47 Unternehmens-Compliance und Schlussfolgerung

#Pascal

In ihrem Bestreben, Russland zu besiegen, hat die EU nun begonnen, ihre eigenen Bürger und die von Drittstaaten zu sanktionieren – darunter meine Landsleute Nathalie Jamp und Jacques Bourg. Aber was sind diese Sanktionen eigentlich im völkerrechtlichen System? Um uns bei dieser Frage zu helfen, ist Dr. Alexandra Hofer hier, Assistenzprofessorin für Völkerrecht an der juristischen Fakultät der Universität Utrecht. Willkommen, Alexandra.

#Alexandra Hofer

Hallo, Pascal. Vielen Dank, dass ich hier sein darf.

#Pascal

Danke, dass Sie dem zugestimmt haben, denn inzwischen ist es nicht mehr klar, ob ein öffentliches Auftreten und kritische Äußerungen über die Sanktionen uns später noch Probleme bereiten könnten. Aber Sie sagten, Sie hätten Beobachtungen und Informationen darüber, was das Sanktionsrecht eigentlich ist und wie es funktioniert. Was ist das Wichtigste, das man über das Sanktionsrecht wissen sollte?

#Alexandra Hofer

Nun, das ist eine große Frage, denn natürlich gibt es Sanktionen in sehr vielen unterschiedlichen Formen, richtig? In letzter Zeit hast du auf das Problem aufmerksam gemacht, dass Menschen im Grunde für Dinge ins Visier genommen werden, die sie gesagt haben. Wir würden also über die Fälle von Nathalie Jamp, Jacques Bourg oder Hussein Drogo sprechen – ich glaube, das war sein Nachname. Ihre Vermögenswerte sind eingefroren, sie haben keinen Zugang mehr zu ihren Bankkonten, und sie dürfen sich nicht mehr im Hoheitsgebiet der EU bewegen. Solche Arten von Sanktionen würden, sagen wir, unter das Menschenrechtsrecht fallen, weil sie zwangsläufig in die Ausübung der Grundrechte dieser Personen eingreifen. Genau, das ist also ein Rechtsbereich, den man sich ansehen würde.

Aber dann kann man die Diskussion erweitern und über die Sanktionspakete als Ganzes sprechen, die beispielsweise gegen Russland verhängt wurden, und darüber diskutieren, inwieweit diese überhaupt mit dem Völkerrecht vereinbar sind. Wenn wir also darüber sprechen, russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen und an die Ukraine zu übertragen, ist das zum Beispiel mit der Staatenimmunität in Bezug auf deren Eigentum vereinbar? Es gibt viele Rechtsgebiete, die ins Spiel kommen, wenn wir über Sanktionen sprechen. Aber ich denke, einer der entscheidenden Punkte im Sanktionsrecht ist, dass es sich um eine sogenannte Grauzone handelt. Es ist oft sehr unklar, ob diese Maßnahmen rechtmäßig sind oder nicht, und das hängt mit den vielen Bereichen des Völkerrechts zusammen, die sie berühren können.

#Pascal

Meiner Meinung nach ist das Sanktionsrecht ein klares Beispiel für, ähm, du weißt schon, das souveräne Recht – eine souveräne Einheit, die Macht und Kontrolle über ein Territorium hat, nimmt sich das Recht, anderen die Nutzung dieses Territoriums, seiner Güter oder seiner Erzeugnisse zu untersagen, richtig? Ähm, ja, ist dieses Verständnis korrekt?

#Alexandra Hofer

Ja, das ist absolut richtig. Und tatsächlich war es ziemlich interessant, deine Sendung in der letzten Woche oder so zu verfolgen, Pascal, weil ich gesehen habe, wie du in Echtzeit gelernt hast, was Sanktionen sind oder wie sie aus rechtlicher Sicht wahrgenommen werden. Ich denke, eines der am wenigsten intuitiven Dinge ist, dass Sanktionen aus rechtlicher und vielleicht sogar gerichtlicher Perspektive nicht als Strafmaßnahmen angesehen werden.

#Pascal

Mhm.

#Alexandra Hofer

Sie werden als präventiv angesehen. Und aus menschenrechtlicher Perspektive hat das eine ganze Reihe von Konsequenzen, weil es rechtfertigen kann, solche strengen Beschränkungen ohne Anhörung zu verhängen, zum Beispiel, oder ohne dass eine unabhängige Stelle die Fakten überprüft, um festzustellen, ob das gerechtfertigt ist. Es ist also eine Art Vorrecht, das der Souverän im Allgemeinen hat, um ein öffentliches Interesse – etwas Wesentliches für den Staat – zu schützen, meist gegen einen ausländischen Akteur. Aber wir können den Begriff „ausländisch“ erweitern: Welche Art von Einfluss oder Einmischung hat dieser Akteur? Und dann kann man das gewissermaßen nach innen wenden, sozusagen, was wir offenbar jetzt mit der jüngsten Sanktionsrunde beobachten.

#Pascal

Ich halte diesen Punkt für äußerst wichtig. Diese Maßnahmen sollen präventiv sein, denn eine der Begründungen, zum Beispiel für die Sperrung des Luftraums über der EU für Personen auf der Sanktionsliste, lautet, dass sie eine unmittelbare Bedrohung für die nationale Sicherheit der Europäischen Union darstellen. Daher dürfen diese Personen nicht über EU-Gebiet fliegen. Das erscheint natürlich völlig unglaublich. Aber glauben Sie, dass wir gerade beobachten, wie sich diese sehr amerikanische Art, alles Mögliche mit „nationaler Sicherheit“ zu rechtfertigen, langsam in den europäischen Rechtsraum einschleicht?

Denn am Ende des Tages sind Sanktionen eine Maßnahme, die ein staatliches Organ ergreift und für rechtmäßig erklärt, richtig? Denn wenn sie nicht rechtmäßig wären, könnten sie angefochten werden. Oder lassen Sie mich so fragen: Glauben Sie, dass sie angefochten werden? Und glauben Sie, dass es ein rechtliches Gremium gibt, das sagen würde: „Nein, das dürft ihr nicht tun“? Also, wir sprechen hier zum Beispiel über die Sanktionen gegen Natalie Young – sagen wir, gegen Einzelpersonen. Ist die EU tatsächlich frei, jeden beliebigen Menschen zu sanktionieren?

#Alexandra Hofer

Nun, das frage ich mich auch, denn tatsächlich war es so, dass die EU oder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, als sie erstmals begannen, Sanktionen gegen terroristische Akteure zu verhängen – insbesondere nach dem 11. September –, im Grunde dem folgten, was der Sicherheitsrat tat. Es schien kaum umstritten zu sein, dass Terrorismus eine Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstellt. Die eigentliche Schwierigkeit bestand darin, wie man einen Terroristen definiert. Wie identifiziert man einen? Das war also bereits ziemlich umstritten.

Außerdem würden diese Personen ohne Anhörung aufgelistet, und zuvor wussten sie nicht einmal, was sie getan haben sollten. Sie erhielten keinerlei Informationen über ihre Aufnahme in die Liste – keine Sachverhaltsdarstellung, nichts, richtig? Im Fall von Jacques Boule zum Beispiel gibt es diesen kurzen Absatz, in dem ihm vorgeworfen wird, ein Sprachrohr Russlands zu sein. Es heißt, er spreche in pro-russischen Kanälen und verbreite offenbar Verschwörungstheorien, richtig? Also erhält er eine Zusammenfassung der Gründe, aber er sagt, sie sei unzutreffend. Er wird das vor Gericht

verteidigen. Anfangs, als Einzelpersonen vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ins Visier genommen wurden, erhielten sie nicht einmal diese kurze Zusammenfassung, die erklärte, warum sie sanktioniert wurden. Also begannen sie, dagegen vorzugehen.

Und es waren die Gerichte, die man, so könnte man sagen, bei der Auslegung der Maßnahmen des UN-Sicherheitsrats sehr frei interpretierten. Normalerweise ist der UN-Sicherheitsrat die oberste Autorität – wenn er Sanktionen beschließt, müssen diese umgesetzt werden. Das ergibt sich aus der UN-Charta, Artikel 103: Wenn es einen Widerspruch zwischen dem gibt, was der Sicherheitsrat anordnet, und einer anderen rechtlichen Verpflichtung, muss man dem Sicherheitsrat folgen. Aber die Gerichte – und interessanterweise die EU-Gerichte, insbesondere der Europäische Gerichtshof – begannen zu sagen: „Wir gehen davon aus, dass der UN-Sicherheitsrat die Menschenrechte zu achten beabsichtigt.“ Und ohnehin hat die EU ihre eigenen Anliegen; worum es hier geht, ist weniger die Entscheidung des Sicherheitsrats selbst, sondern vielmehr die Umsetzungsentscheidung der EU.

Also begannen diese regionalen Gerichte, in diesem Fall Druck auf die EU und ihre Mitgliedstaaten auszuüben, wie sie die Sanktionen des UN-Sicherheitsrats umsetzten. Dann sagten die Mitgliedstaaten: Nun ja, uns wird vorgeworfen, die Menschenrechte verletzt zu haben. Also wandten sie sich an den UN-Sicherheitsrat und sagten, ihr müsst euer Verfahren reformieren, weil wir dafür kritisiert werden, die Verteidigungsrechte nicht zu achten. Ich gebe Ihnen vielleicht eine etwas ausschweifende Antwort, aber die Idee war, dass sie anfangs im Grunde taten, was sie wollten. Dann kamen die Gerichte ins Spiel und begannen zu sagen: Nein, ihr müsst bestimmte Mechanismen respektieren. Ihr müsst den Einzelpersonen zumindest das Recht einräumen, ihre Aufnahme in die Liste überprüfen und anfechten zu können.

Zunächst dachte ich, dass vielleicht der Europäische Gerichtshof – und vielleicht auch wir – ein gewisses Vertrauen in den Mechanismus hatten, der von europäischen Gerichten inspiriert worden war. Doch nach und nach ist der Rat der EU bei seinen Sanktionen immer kreativer geworden, insbesondere jetzt, da er beginnt, Akteure wegen ausländischer Informationsmanipulation und -einemischung zu sanktionieren. Das ist die Art von Sanktionsliste, auf der sich Jagbo und Nathalie Young befinden. Wir entfernen uns also davon, terroristische Bedrohungen ins Visier zu nehmen oder einen Aggressorstaat beziehungsweise einen Staat, der für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, zu sanktionieren. Und obwohl die gelisteten Personen ihre Aufnahme anfechten werden – und ich hoffe, dass sie es tun – besteht die Schwierigkeit darin, dass die Gerichte dem Rat der EU bisher gegenüber recht zurückhaltend waren.

#Pascal

Ehrerbietig, was bedeutet, dass sie sich einfach auf das verlassen, was der Rat sagt.

#Alexandra Hofer

In vielerlei Hinsicht geben sie dem Rat im Grunde genommen große Freiheit, im Prinzip jeden aufzulisten, den sie wollen. Die Gerichte überprüfen im Wesentlichen die Fakten dessen, was der Rat gesagt hat. Wenn man also zum Beispiel auf der Liste steht, weil man eine führende Geschäftsperson in Russland ist, kann man nicht wirklich anfechten, ob das der richtige Ansatz des Rates ist – also ob es richtig ist, dass sie führende Geschäftsleute ins Visier nehmen. Dahinter steht die Annahme, dass man, wenn man eine führende Geschäftsperson ist, in irgendeiner Weise, auch indirekt, zum russischen Angriffskrieg beiträgt. Diese zugrunde liegende Annahme kann man nicht anfechten; man kann nur argumentieren, dass man keine führende Geschäftsperson ist.

#Pascal

Tut mir leid, das wusste ich nicht. Das macht es noch schlimmer. Wenn der EU-Rat sagen würde: „Wir nehmen Jacques Ball ins Visier, weil er ein 70-jähriger Mann ist“, dann wäre seine einzige Verteidigung zu sagen: „Nein, ich bin tatsächlich eine 70-jährige Frau.“ Aber er könnte auch sagen: „Seht her, es ergibt keinen Sinn, dass ihr mich deswegen sanktioniert habt.“

#Alexandra Hofer

Ich bin jetzt 71. Weißt du, aber okay – ja, ja, okay. Aber nein, ja, es ist ein Witz.

#Pascal

Also akzeptieren die Gerichte einfach, wofür sie sanktioniert werden. Sie prüfen nur die Richtigkeit davon, nicht, ob es gerechtfertigt ist.

#Alexandra Hofer

Das richtet sich gegen sie, also denke ich, dass der Rat das jetzt ein bisschen übertreibt, oder? Ich meine, ja, es ist so, wie weit geht man? Und das liegt daran, dass der Rat anfangs ziemlich viele Fälle verloren hat, einfach weil er keine ausreichenden Beweise vorgelegt hat, um zu begründen, warum die Person aufgelistet wurde. Hast du einen Fall – hast du ein Beispiel für einen Fall, den sie verloren haben?

#Pascal

Es ist in meinem Kopf. Entschuldigung, ich habe nicht gefragt.

#Alexandra Hofer

Nun, vor Kurzem gab es zwei – die in der Presse erwähnten waren die beiden russischen Oligarchen Awen und Fridman – und der Rat wurde angewiesen, sie von der Liste zu streichen, weil er im Grunde keine Beweise vorlegen konnte, um die Gründe für ihre Aufnahme in die Liste zu untermauern.

#Pascal

Mhm.

#Alexandra Hofer

Also ist es so: Das Gericht sagte sinngemäß: „Nun, ihr liefert uns nicht genügend Beweise, um eure eigene Begründung zu rechtfertigen, also müsst ihr sie von der Liste streichen.“ Aber dann änderte der Rat einfach seine Aufnahmekriterien und setzte sie wieder auf die Liste.

#Pascal

Sie haben sie mit einer anderen Begründung erneut aufgeführt, und jetzt stehen sie wieder auf der Liste. Selbst wenn man also angewiesen wird, jemanden zu streichen, macht schon die kleinste Änderung an diesem Absatz jeden Einspruch beim EuGH so gut wie sinnlos.

#Alexandra Hofer

Ich meine ... also, ich will ja nicht –, aber genau deshalb denke ich, dass die Anwälte, die diese Personen vertreten, wirklich darauf achten müssen, wie der Gerichtshof die Sanktionen überprüft, und sich auch bewusst sein sollten, dass er dem Rat oft sehr viel Macht einräumt. Das ist eines der Probleme, weil sie, sagen wir mal, ziemlich nachsichtig darin waren, die vom Rat aufgestellten Listen zu akzeptieren. Und ich denke auch, das liegt daran, dass die Gerichte vielleicht das Gefühl haben: Nun ja, es ist nicht unsere Aufgabe, den Rat infrage zu stellen, da es sich um ein politisches Handlungsfeld handelt und er ein legitimes Ziel verfolgt, oder? Das Ziel des Rates ist es, einen Angriffskrieg zu beenden, und das sind die Mittel, die er beschlossen hat einzusetzen. Ein weiteres Problem ...

#Pascal

Es ist einfach wichtig, das im Hinterkopf zu behalten. Es handelt sich nicht um ein Verfahren, das auf einem Gesetzesverstoß beruht; es ist ein Verfahren, das auf politischen Zielen basiert. Und der EuGH akzeptiert, dass die politischen Ziele des Rates im Grunde nicht infrage gestellt werden können. Das Einzige, was fraglich ist, ist, ob der Inhalt dessen, was sie behaupten, tatsächlich vorhanden ist.

#Alexandra Hofer

Ja, genau. Ich denke, deshalb ist es jetzt wichtig, kritisch zu sein und darauf aufmerksam zu machen – okay, sicher, wir haben vor 20 Jahren mit der Aufnahme in die Liste des UN-Sicherheitsrats etwas erreicht –, aber wir beginnen, unsere eigenen Probleme zu bekommen, weil der Rat so viel Macht hat, zu entscheiden, wer auf die Liste gesetzt wird. Und die Überprüfung ist ein bisschen, na ja, man prüft die Fakten, natürlich will man sicherstellen, dass alles korrekt ist, und so weiter. Aber dabei greift man in die Rechte von Einzelpersonen ein. Und mir scheint, dass manchmal die Verbindung zwischen den betroffenen Personen und der Handlung, auf die der Rat reagieren will, fehlt.

Also, zum Beispiel, bei Menschenrechtsverletzungen in Syrien sind die einzelnen Personen oft sehr weit von dem entfernt, was tatsächlich geschieht. Aber es ist irgendwie so, als würde das System auf Annahmen – auf Vermutungen – beruhen. Wie ich sagte, nehmen wir das Beispiel eines Geschäftsmanns, oder du bist ein Familienmitglied von jemandem, und dadurch könnte ich denken, dass du mit dieser Person in Verbindung stehst. Daher glaube ich, dass ich, indem ich dich sanktioniere, irgendwie Druck auf das Regime ausübe, dessen Verhalten ich ändern möchte. Ja. Und ich denke, wenn wir darüber sprechen, dass die Menschenrechte einzelner Personen eingeschränkt werden, dann schaut man darauf, ob es ein legitimes Ziel gibt.

Sehr oft ist das so, ja. Aber man muss auch prüfen, ob diese Einschränkung für die betroffene Person verhältnismäßig ist. Ist sie nicht zu stark, nicht zu belastend? Und das Gericht hat im Grunde gesagt: Angesichts der Bedeutung der betreffenden Angelegenheit ist sie verhältnismäßig. Ich habe bisher keine Urteile des Europäischen Gerichtshofs gesehen, in denen wirklich das durchgeführt wird, was ich als eine gründliche Verhältnismäßigkeitsprüfung für die betroffenen sanktionierten Personen bezeichnen würde.

#Pascal

Okay, das ist eine sehr wichtige Information, denn was das für mich bedeutet, ist, dass es einerseits wichtig ist, diese Fälle vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen, um eine Herausforderung zu schaffen, andererseits aber kaum Aussicht besteht, dass dies tatsächlich zu einer dauerhaften Streichung dieser Personen führt, wenn die amtierenden Politiker das nicht wollen. Das führt mich also zur nächsten Frage – den Menschenrechten. Denn wir haben Institutionen, die sich der Sache annehmen könnten. Die größte Hürde für ein Menschenrechtsgremium, sei es innerhalb oder außerhalb der Vereinten Nationen, besteht normalerweise darin, dass alle nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft sein müssen. Wenn es jedoch stimmt, dass der EuGH im Grunde genommen machtlos ist, sie wirklich von der Liste zu streichen, dann gäbe es ein starkes Argument zu sagen: „Oh, wir haben bereits alle innerstaatlichen Rechtswege ausgeschöpft. Bitte, Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, nehmt euch der Sache an“ – oder welches Gericht auch immer im Bereich der Menschenrechte als das richtige angesehen wird.

#Alexandra Hofer

Ja. Nun, genau da geraten wir in diesen anderen heiklen Bereich des Völkerrechts, weil die EU diejenige ist, die die restriktiven Maßnahmen erlässt. Man würde also die Verantwortung der EU geltend machen. Das Problem ist, dass die EU die Europäische Menschenrechtskonvention nicht ratifiziert hat. Die EU als Organisation sollte das eigentlich tun, aber im Moment verfügt sie nur über die EU-Grundrechtecharta – wir haben die Europäische Charta der Menschenrechte –, doch die Konvention selbst hat die EU nicht ratifiziert. Und das hängt mit einigen verfassungsrechtlichen Fragen innerhalb der EU selbst zusammen. Die EU ist außerdem kein Vertragsstaat des IPbpR, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte. Daher, denke ich, wäre es schwierig ...

#Pascal

Welches ist die dritte Säule der Menschenrechtsverträge, ja.

#Alexandra Hofer

Ja. Also, wissen Sie, es wäre schwierig, sich auf die Verantwortung der EU zu berufen und zu sagen, die EU verletze das Menschenrechtsgesetz, nur weil die EU es nicht ratifiziert hat. Es wäre interessant zu sehen, ob man – das möchte ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen im EU-Recht untersuchen – wirklich sagen kann: Okay, gibt es tatsächlich nichts, was man tun kann? Denn ich persönlich denke nicht, dass es für diese betroffenen Personen ausreichend ist. Ich glaube nicht, dass es genügt, wenn sie einfach nur versuchen, ihre Aufnahme in die Liste vor dem EuGH anzufechten. Ich bin wirklich der Meinung, dass weitere Maßnahmen notwendig sind.

Und natürlich, wissen Sie, uns zu organisieren – Informationen zu sammeln, Informationen zu teilen, Lobbyarbeit zu leisten, vor dem Europäischen Parlament vorzusprechen – all das ist wichtig. Ich frage mich, ob es eine Möglichkeit für interessierte Personen, für besorgte EU-Bürger gibt, vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen. Letztlich müssten sie wahrscheinlich zunächst vor ihre nationalen Gerichte gehen und sagen: „Hören Sie, es gibt ein offensichtliches Problem mit diesem Ratsbeschluss, der zum Beispiel die Meinungsfreiheit beeinträchtigt.“ Und wissen Sie, was am Europäischen Gerichtshof interessant ist, ist, dass er manchmal aufgefordert wird, das Menschenrechtsrecht oder das Völkerrecht im Allgemeinen anzuwenden.

Und manchmal kann die Begründung äußerst unbefriedigend und frustrierend sein für Menschen, die Experten auf diesem Gebiet des Völkerrechts sind. Es gab also einen Fall, in dem russische Medien innerhalb des EU-Gebiets sanktioniert worden waren. RT France, der französische Ableger von RT, focht ihre Aufnahme in die Sanktionsliste an. Sie wandten sich sofort an das Gericht der Europäischen Union und argumentierten, dies sei ein Verstoß gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit, ein unverhältnismäßiger Eingriff und so weiter. Doch das Gericht bestätigte die Aufnahme von RT France in die Liste.

Sie sagten also: Ja, es hat in diesem Fall eine Beeinträchtigung der Meinungs- und Informationsfreiheit gegeben, aber sie ist gerechtfertigt. Und dann ... ja. Nun, ich bin auf einen Artikel gestoßen, der von zwei Kolleginnen und Kollegen verfasst wurde – die eine arbeitet jetzt in Amsterdam, der andere ist emeritierter Professor in Gent. In diesem Artikel brachten sie im Wesentlichen ihre Frustration über die schlechte Anwendung der Rechtsprechung zur Meinungsfreiheit durch das Gericht der Europäischen Union zum Ausdruck. Im Grunde akzeptierte das Gericht das Argument des Rates, dass es bei RT France um die Verbreitung russischer Propaganda gehe. Und angesichts der Dringlichkeit der Situation – das geschah unmittelbar nach Ausbruch des Krieges – und der betroffenen Interessen sei der Eingriff gerechtfertigt gewesen, und so weiter und so fort.

Also, als ich das Urteil gelesen habe, dachte ich: Nun ja, wenn das ist, was das Gericht der Europäischen Union zu akzeptieren bereit ist, dann kann der Rat im Grunde entscheiden, dass jeder, der Aussagen macht, die seinen Zielen widersprechen, auf eine Liste gesetzt wird. Und dann fand ich diesen Artikel, in dem stand, dass das Gericht der Europäischen Union die Rechtsprechung – insbesondere die des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte – nicht richtig angewendet habe, wenn es um die Meinungsfreiheit geht. Denn in den Fällen, die das Gericht der Europäischen Union geprüft hatte, hatte es übersehen, dass es immer eine andere unabhängige Regulierungsbehörde gab, die die ausgestrahlten Informationen überprüfte.

Und hier, im Fall von RT France, ist es also der Rat der EU – ein Exekutivorgan einer politischen Institution –, der entscheidet, dass bestimmte Äußerungen oder Informationen nicht verbreitet werden dürfen. Damit entsteht bereits ein Problem, denn das ist nicht mit dem Menschenrechtsrecht vereinbar. Können wir der Exekutive wirklich so viel Macht geben, zu entscheiden, wann Informationen als Bedrohung der öffentlichen Ordnung, der nationalen Sicherheit oder was auch immer gelten? Das war, würde ich sagen, eine Nuance, die das Gericht der Europäischen Union bei seiner Beurteilung in der Rechtssache RT France gegen Rat nicht berücksichtigt hat.

#Pascal

Ich meine, kurz gesagt, diese rechtliche Argumentation scheint sich auch sehr stark der Argumentation der Exekutive – der EU-Exekutive – zu beugen. Wenn die Exekutive sagt, dass es so ist, dann akzeptieren wir als Gericht, dass es so sein muss. Daher bestätigen wir solche Entscheidungen.

#Alexandra Hofer

Ich meine, am Ende kommt man irgendwie zu diesem Schluss. Natürlich geben sie einen Grund dafür an, also dafür, was ihre Schlussfolgerung stützt. Es ist nicht einfach so etwas wie: „Na ja, wir

haben beschlossen, dem Rat zuzustimmen.“ Es steckt eine Begründung dahinter, aber sie ist nicht unbedingt sehr stichhaltig oder eine, die für jemanden zufriedenstellend wäre, der sich in diesem Rechtsgebiet auskennt, sagen wir mal.

#Pascal

Lassen Sie mich Ihnen Folgendes fragen. Ich hatte heute Morgen ein Gespräch mit Professor David Gibbs von der University of Arizona, und er wies darauf hin, dass es im Fall der USA immer die Verfassung gibt. Und die US-Verfassung, mit ihren Zusatzartikeln, ist tatsächlich sehr stark, wenn es um den Schutz der bürgerlichen Freiheiten geht. Die Frage ist immer die der Anwendbarkeit – auf wen trifft sie zu und auf wen nicht? Nur auf weiße Menschen oder auch auf Schwarze? Wissen Sie, im Laufe der Zeit ändert sich das. Aber die Schutzmechanismen innerhalb der Verfassung sind sehr stark. Haben wir in der Europäischen Union ein ähnliches grundlegendes Dokument, auf das wir verweisen könnten und sagen: „Schauen Sie, das müssen Sie gewähren – der EuGH, dieses Stück grundlegenden Rechts, steht über diesen Exekutiventscheidungen“?

#Alexandra Hofer

Ja, also, wir haben die EU-Grundrechtecharta, daher gelten die Menschenrechte normalerweise innerhalb der EU-Ordnung, und die EU-Agenturen und -Einrichtungen müssen die Menschenrechte achten. Richtig. Die ganze Frage ist, ob ein Eingriff in die Ausübung der Menschenrechte gerechtfertigt werden kann. Und im Fall von restriktiven Maßnahmen war man bereit, Einschränkungen zu akzeptieren. In der Regel überprüfen sie dann die Fakten und so weiter. Aber ich weiß nicht, wie zufriedenstellend das wirklich ist.

Und außerdem, das andere Thema, wie wir am Anfang erwähnt haben, ist natürlich, dass wir es hier nicht mit einem traditionellen Gerichtsverfahren zu tun haben. Es handelt sich um ein Exekutivorgan, das eine Beschränkung erlassen hat. Und dann diskutieren wir darüber, ob diese ausreichend begründet ist oder nicht. Und, wie ich sagte, aufgrund der Art der Entscheidung neigen die Gerichte dazu, dem Rat viel Macht einzuräumen. Nun frage ich mich, zum Beispiel im Fall von Jacques Vaux, wie sie den Ausdruck „ein russisches Sprachrohr“ auslegen werden. Ich weiß ehrlich gesagt nicht einmal genau, was das bedeuten soll.

#Pascal

Dieses Wort befindet sich in der Klassifizierung.

#Alexandra Hofer

Sprachrohr. Ja, ein russisches Sprachrohr. Ich weiß nicht, ob ich es hier auf meinem Bildschirm finden kann. Ja. Also, hast du die Entscheidung selbst gesehen?

#Pascal

Ja, habe ich. Ich erinnere mich nur nicht mehr genau an die Formulierung.

#Alexandra Hofer

Ja, also Jacques Baud, ein ehemaliger Oberst der Schweizer Armee und strategischer Analyst, ist ein regelmäßiger Gast in pro-russischen Fernseh- und Radiosendungen. Er fungiert als Sprachrohr für pro-russische Propaganda und verbreitet Verschwörungstheorien.

#Pascal

Ja. Ich meine, sie formulieren es so, damit sie nicht sagen müssen, dass er vom Kreml bezahlt wird oder so etwas, was sie ja nicht beweisen könnten. Genau. Weil es nicht stimmt – aber „Sprachrohr“ ist ja nicht genau definiert, oder? Also, ist man ein Sprachrohr, wenn man einen Satz wiederholt, der aus dem Mund von Wladimir Putin kam? Offensichtlich. Ja.

#Alexandra Hofer

Und ich weiß nicht, also, Jacques Baud bezeichnet sich selbst ja nicht als pro-russisch oder pro-irgendjemand. Er liefert einfach seine Analyse. Und ich schätze, sie ist ziemlich kritisch gegenüber der EU und der NATO, und offenbar gilt er deshalb als Sprachrohr. Ja.

#Pascal

Und wieder ist das Krankhafte daran, dass keiner dieser Handlungen tatsächlich illegal ist. Sie sind nicht illegal. Aber sie müssen auch nicht illegal sein, damit der EU-Rat ihn sanktionieren kann. Sie können völlig legal sein. Das ist der ganze Punkt. Ich meine, wenn man einer der Bürokraten ist, die das tun, liegt der Spaß darin, dass man alles als unerwünscht definieren und entsprechend handeln kann – ganz gleich, ob es dafür eine gesetzliche Grundlage gibt oder nicht.

#Alexandra Hofer

Ja. Nun, sie haben die Gesetzgebung, richtig? Also dürfen sie das tun, was die EU-Verträge ihnen erlauben. Sie haben irgendein Verfahren, und dann, na ja, entscheiden sie irgendwie, wie sie es anwenden. Und ja, ich denke, wir kommen an einen Punkt, an dem wir eine breitere gesellschaftliche Diskussion brauchen. So in etwa: Das ist es, was der Rat mit seinen Sanktionen tun kann, richtig? So unbefriedigend könnten die Verfahren vor dem Gericht sein. Und wissen Sie, als Bürgerinnen und Bürger der EU – ist das wirklich das, was wir wollen?

#Pascal

Wo könnte die Befugnis, Sanktionen zu verhängen, angefochten werden? Wie könnte man das Recht der EU, Sanktionen zu verhängen – nicht nur gegen ihre eigenen Bürger, sondern gegen Einzelpersonen allgemein – grundsätzlich in Frage stellen? Gibt es ein Gericht, das eine Beschwerde darüber anhören und entscheiden könnte, dass die EU dazu nicht berechtigt ist?

#Alexandra Hofer

Ich glaube nicht, dass sie es für die EU illegal machen könnten. Mich interessiert, ob betroffene Personen tatsächlich die Möglichkeit haben, die Ratsentscheidung anzufechten, die ihnen die Befugnis gibt, Sanktionen gegen das zu verhängen, was sie „ausländische Informationsmanipulation und -einmischung“ nennen. Also nicht nur eine konkrete Listung, sondern die Entscheidung als Ganzes. Ja, und man könnte sagen, diese Entscheidung ist höchst problematisch, weil sie Raum für Missbrauch und willkürliche Anwendung von Beschränkungen nach den Launen des Rates lässt. Ich frage mich, ob Bürger das anfechten können. Ich weiß, dass man Ratsentscheidungen im Allgemeinen anfechten kann, aber aufgrund der Art dieser Entscheidungen – wir sprechen hier über EU-Sanktionen oder, wie die EU sie nennt, „restriktive Maßnahmen“ – ist das wohl komplizierter.

Ich weiß nicht, ob sie es erlauben würden. Vielleicht schon. Ich weiß es nicht. Das ist eines der Themen, die ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen im EU-Recht untersuchen möchte – also, welche Möglichkeiten gibt es, diese Maßnahmen anzufechten, wenn sie in diesem Fall offensichtlich sehr weit gehen? Aber dann frage ich mich auch, ob wir uns wirklich der Konsequenzen bewusst sind, die das Leben unter Sanktionen mit sich bringt. Ich meine, ich habe dasselbe gedacht. Ich glaube, du hast eine deiner Podcasts damit beendet, dass du gesagt hast, man werde im Gefängnis besser behandelt.

#Pascal

Weil sie dir Essen geben. Sie müssen dir Unterkunft bieten.

#Alexandra Hofer

Du musst dir keine Sorgen machen, dass deine grundlegenden Bedürfnisse nicht erfüllt werden. Aber dann frage ich mich, unter welchen Umständen es eigentlich in Ordnung ist, jemanden zu sanktionieren. Ich meine, die Idee war, terroristische Akteure zu verhindern. Man kann sich also vorstellen, dass die Vermögenswerte von Personen eingefroren werden, die kurz davorstehen, eine terroristische Handlung zu begehen. Aber man muss trotzdem sicher sein, dass das wirklich die Absicht dieser Personen war. Und wenn man zum Beispiel ihre Vermögenswerte vorsorglich einfriert, würde man erwarten, dass es eine Art Überprüfung gibt, um sicherzustellen, dass man die richtige Person getroffen hat, und so weiter. Manche Personen können auf unbestimmte Zeit auf der Liste stehen.

#Pascal

Und das muss durch den Rechtsweg geschehen. Ich meine, das Parlament muss ein Gesetz über Terrorismusbekämpfung und Terrorismusprävention erlassen. Und dann müssen diejenigen, die es auf jemanden anwenden wollen, vor Gericht gehen und sagen: „Diese Person, die wir identifiziert haben, muss eingeschränkt werden.“ Dann muss das Gericht dies anordnen. Es durchläuft also ein Prüfverfahren und kann von dieser Person angefochten werden. Man befindet sich im Gericht, im Rechtssystem. Aber wir wiederum stehen außerhalb des Rechtssystems. Das Rechtssystem – der EuGH – ist im Grunde nur daran angehängt, eine Art Anhang zu einer bereits getroffenen Entscheidung.

#Alexandra Hofer

Nun ja, ich meine, jemand könnte mir zuhören und sagen: „Weißt du, Alexandra, du bist wirklich unfair gegenüber dem Gericht.“ So ist es eben, wenn man diese Rechtsprechung liest und sich anschaut, wie sie diese Sanktionen bewerten – das ist mein erster Eindruck, die Schlussfolgerungen, zu denen ich gekommen bin. Und ich finde, es ist ein wirklich unbefriedigendes System. Und außerdem, wenn man auf die Website der Europäischen Union schaut, auf eine ihrer vielen Seiten, auf denen sie die Sanktionen erklären – wie du erwähnt hast – steht dort ein Absatz, in dem sie sagen, dass sie mit dem Völkerrecht, den Menschenrechten und so weiter im Einklang stehen. Sie sagen auch, die Sanktionen seien vorübergehend, und die Idee sei, dass sie überprüft werden. Ich wäre neugierig zu erfahren, wie der Rat die Sanktionen tatsächlich überprüft.

Denn man würde doch denken, dass man sich, wenn einige Personen über einen extrem langen Zeitraum auf einer Liste stehen, irgendwann fragt: Gibt es überhaupt noch einen Sinn, einen Zweck, diese Person weiterhin auf der Liste zu führen? Außerdem stellt sich die Frage, was eigentlich das Ziel der Sanktionen ist. Zum Beispiel, wenn man Jacques Beau nimmt – was genau muss Jacques Beau tun, damit der Rat ihn von der Liste streicht? Muss er sein Verhalten ändern? Muss er aufhören, in prorussischen Kanälen aufzutreten, obwohl wir gar nicht genau wissen, was „prorussische Kanäle“ überhaupt sind? Bedeutet das im Grunde, dass er aufhören soll, auf YouTube-Kanälen seine Analysen zu teilen? Es wird nicht klar kommuniziert, was sich ändern muss, damit jemand von der Liste gestrichen wird.

#Pascal

Nun, das ist genau der Punkt – es ist völlig willkürlich. Und das Verrückte daran ist, es gibt tatsächlich einen Überprüfungsmechanismus. Ich meine, formal überprüft der Rat alle sechs Monate, ob er die Sanktionen verlängern will. Und alle sechs Monate entscheidet er: Ja, das tun wir. Also können sie vor dem EuGH sagen: „Nein, nein, nein, es gibt einen Überprüfungsmechanismus. Wir haben einen Überprüfungsmechanismus.“ Es ist ein automatischer Mechanismus, aber immerhin ein Mechanismus. Und genau das setzt dann dieses kleine Häkchen in der Tabelle.

#Alexandra Hofer

Ja, man könnte sagen, es ist so eine Art leeres Abhaken von Kästchen, weißt du? Ja. Habe ich Fakten? Ja, ich habe Fakten. Habe ich ein legitimes Ziel? Ja, ich habe ein legitimes Ziel. Ist es vorübergehend? Ja, ist es. Und so weiter und so fort. Also, ja, ich denke...

#Pascal

Entschuldigung, ich muss nur fragen, weil ich mich frage, wie dieses Regime – also wie dieses Regime überhaupt herausgefordert werden könnte. Und mit „Regime“ meine ich das Sanktionsregime, richtig? Gibt es deiner Meinung nach einen anderen Weg, vielleicht über die Mitgliedstaaten? Zum Beispiel: „Schaut, Jacques Beau ist in Brüssel, richtig? Brüssel, diese Sanktionen gegen mich verletzen meine Menschenrechte. Bitte weist die belgische Regierung an, diese Sanktionen nicht umzusetzen.“

#Alexandra Hofer

Ja, das wäre interessant. Genau das haben wir bei den Sanktionen des UN-Sicherheitsrats gesehen. Im Grunde begann man, Druck auf die Staaten auszuüben, die sie umsetzten. Nun ist die Frage wieder, wer verantwortlich ist. Die Idee ist, dass Sanktionen der EU in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen. Und wenn der Rat einen Beschluss fasst, wird sofort eine Durchführungsverordnung erlassen, die in allen Mitgliedstaaten unmittelbar gilt.

#Pascal

Und das geschieht automatisch. Ich meine, die Mitgliedstaaten haben bereits früher in den Verträgen – wahrscheinlich im Vertrag von Lissabon – der Umsetzung von Ratsbeschlüssen zugestimmt, oder? Daher muss dieser Beschluss, da es sich um einen Ratsbeschluss handelt, auch umgesetzt werden, richtig?

#Alexandra Hofer

Ja, und es gibt die entsprechende Vorschrift dazu, also muss sie umgesetzt werden.

#Pascal

Aber die Frage ist, ob Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte – falls ein Gericht feststellt, dass es solche Bedenken gibt – die ... überwiegen könnten. Ja, genau das frage ich mich, ob es irgendeine Form von ... geben könnte.

#Alexandra Hofer

Ich meine, ich sage nicht, dass es erfolgreich wäre, aber es wäre zumindest eine Möglichkeit, ich weiß nicht, vielleicht eine Art richterlicher Aktivismus – um zu sagen: Hört zu, hier gibt es ein

Problem. Ich weiß es nicht. Natürlich weiß man nie, wie ein nationales Gericht damit umgehen würde. Sie könnten leicht sagen: Nun ja, das ist offensichtlich eine EU-Angelegenheit. Aber es könnte, je nachdem, wie es formuliert wird – wenn man wirklich die Menschenrechtsfrage in den Vordergrund stellt – vielleicht Aufmerksamkeit darauf lenken. Das erinnert mich ein wenig daran, wie Sanktionen vor 25 Jahren von nationalen und regionalen Gerichten angefochten wurden, und vielleicht befinden wir uns jetzt wieder in einer ähnlichen Situation, aber auf EU-Ebene statt im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Also denke ich, ja, das wäre interessant – so, wie es umgesetzt wurde. Aber die Idee ist natürlich, im Fall von Jacques Bou, dass er zum Beispiel die belgische Regierung um Erlaubnis bitten muss, um auf bestimmte Gelder zuzugreifen, um seine Grundbedürfnisse zu decken, richtig? Dasselbe gilt für Hussein in Berlin – er muss seine Bank in Deutschland um Erlaubnis bitten, um Geld zu bekommen, um seine Miete zu zahlen oder grundlegende Lebensmittel zu kaufen. Ich weiß also nicht, ob das als ausreichend angesehen wird, um seine Menschenrechte zu respektieren.

Aber natürlich, wissen Sie, das größere Problem ist, dass diese Personen aufgelistet werden, ohne dass jemand wirklich überprüft, ob die Fakten stimmen. Was ich ziemlich problematisch finde, ist, dass der Rat im Grunde genommen sagen darf, was immer er will, und es spielt keine Rolle. Ich meine, natürlich kann man vor dem EuGH dagegen vorgehen – sagen: „OK, das stimmt nicht“ und so weiter –, aber bis zu einem gewissen Grad ist der Schaden bereits angerichtet. Wenn man an Jacques Bou denkt, betrifft das zum Beispiel seinen Ruf. Er möchte Analyst werden, und plötzlich wird ihm vorgeworfen, Verschwörungstheorien zu verbreiten.

#Pascal

Ja, obwohl ich mir ziemlich sicher bin, dass die rechtlichen Folgen viel schwerwiegender sind. Ich meine, selbst seine Bücher sind jetzt in der EU verboten, oder? Sie dürfen nicht verkauft werden. Seine Verlage dürfen sie nicht mehr veröffentlichen. Im Grunde ist man also eine Nicht-Person, was wirklich furchtbar ist. Aber genau deshalb frage ich mich, wissen Sie, für mich ist das Problem, dass klar ist, dass diese Sanktionen – insbesondere gegen Einzelpersonen – eine ziemlich drakonische politische Maßnahme sind, die leider sowohl vor der EU als auch innerhalb der EU Bestand haben, wegen der Art und Weise, wie die EU aufgebaut ist. Also frage ich mich, ob es eine kreative Methode gibt, diesen Schaden ebenso kreativ rückgängig zu machen, wie er verursacht wurde. Zum Beispiel, was würde passieren, wenn ein Staat sagen würde: „Okay, wir werden diesen Leuten einen diplomatischen Pass geben?“

#Alexandra Hofer

Nein, das dürfen sie.

#Pascal

Wenn sie einen diplomatischen Pass hätten, würde das etwas ändern? Würde dann das Wiener Übereinkommen greifen, und würde ihnen das eine Möglichkeit geben, sich aus der aktuellen Situation herauszuwinden?

#Alexandra Hofer

Interessant ist, dass es zum Beispiel in der Ratsentscheidung selbst – ich bin mir nicht sicher, ob es sich um die Entscheidung oder die Verordnung handelt – eine Ausnahme für Personen gibt, die diplomatische Pässe besitzen. Der Gedanke dahinter ist, dass von den EU-Mitgliedstaaten nicht verlangt werden kann, ihre internationalen Verpflichtungen zu verletzen, etwa nach dem diplomatischen und konsularischen Recht.

#Pascal

Was würde das bedeuten?

#Alexandra Hofer

Nun, ich denke, zum Beispiel wurde Sergei Lawrow aufgeführt.

#Pascal

In Ordnung.

#Alexandra Hofer

Aber ich glaube nicht, dass sie es verhängt haben. Ich muss das überprüfen. Ich glaube nicht, dass sie ein Reiseverbot verhängt haben. Also denke ich, das bedeutet im Grunde, dass die EU seine Funktion als Außenminister nicht beeinträchtigen will, indem sie ihm nicht erlaubt, dorthin zu reisen, wo er hinmuss – um an Verhandlungen teilzunehmen oder was auch immer.

#Pascal

Okay. Aber das ist nichts Automatisches. Es ist nichts Automatisches. Jedenfalls ist es etwas, worüber der Rat wahrscheinlich von Fall zu Fall entscheiden würde, weil diese Sanktionen tatsächlich getrennt sind, richtig? Die Reisesanktionen und die Finanzsanktionen stehen zwar im selben Dokument, werden aber in dieser Gesetzgebung als getrennte Dinge behandelt.

#Alexandra Hofer

Nun, es gibt einen Artikel, der besagt, dass deine Vermögenswerte eingefroren sind, und einen anderen Artikel in dieser Entscheidung, der sagt, dass du nicht reisen darfst.

#Pascal

Schon gut, schon gut.

#Alexandra Hofer

Aber zum Beispiel, aus der Schweizer Perspektive wäre es interessant, wenn sie – wie soll man sagen – diplomatischen Schutz für ihre Staatsangehörigen ausüben wollten, die sanktioniert wurden, und sagten: „Hören Sie, Sie verletzen die Menschenrechte meiner Staatsangehörigen.“ Das wäre interessant. Natürlich hängt das vom politischen Willen in der Schweiz ab, so etwas zu tun, denn sie sind dazu nicht verpflichtet. Es könnte auch interessant sein, wenn es Dinge gäbe, die sie für ihre Staatsangehörigen hätten tun können, aber nicht getan haben, und dann Nathalie Jam oder Jacques Beau die Schweizer Regierung verklagen würden und sagten: „Sie haben es versäumt, meine Menschenrechte zu schützen.“ Dann könnte das Gericht Druck auf die Schweiz ausüben und sagen: „Nun, Sie hätten das ansprechen sollen, oder Sie hatten die Möglichkeit, es im Rat der EU anzusprechen, und haben es nicht getan.“ Das wäre also ein anderer Weg, es zu tun. Ja.

#Pascal

Weißt du, in der Schweiz haben wir die Möglichkeit, eine Volksinitiative zu starten, die – wenn wir genug Unterschriften sammeln – zu einem Referendum wird. Damit können wir Ergänzungen zur Verfassung schreiben. Wir könnten also in die Verfassung aufnehmen, dass, wenn eine Person sanktioniert wird, die Regierung ihr eine bestimmte Art von Schutz gewähren muss. Aber das ist ein Prozess, der irgendwo zwischen drei und fünf Jahren dauern würde, und er ist alles andere als garantiert. Ich frage mich nur, welche Wege wir überhaupt in Betracht ziehen können, denn ich befürchte, dass das Sanktionssystem, das wir jetzt sehen, wirklich erst der Anfang ist. Es würde mich überraschen, wenn es schon das Ende wäre – ich meine, es wäre eine sehr angenehme Überraschung. Aber sie haben dieses Instrument jetzt. Aus Sicht der EU ist das ein sehr, sehr praktisches Werkzeug. Man kann es gegen jeden und alles einsetzen.

#Alexandra Hofer

Hast du den Freiheitskonvoi in Kanada im Jahr 2022 verfolgt?

#Pascal

Oh, ja.

#Alexandra Hofer

Erinnerst du dich, wie die kanadische Regierung auf die Demonstranten reagiert hat – und auf die Einzelpersonen, entschuldige?

#Pascal

Sie froren ihre Bankkonten sofort ein.

#Alexandra Hofer

Sie haben ihre Konten eingefroren, ja.

#Pascal

Nein, also wenn man sich etwas wie die Corona-Pandemie und jetzt den Ukrainekrieg anschaut – sie haben im Grunde die Vorstellung beendet, dass der Nationalstaat keine große Rolle mehr spielt. Am Ende des Tages sind es die Regierungen der rund 190 oder 200 Staaten auf der Erde, die das Sagen haben. Und leider kämpfen wir immer noch damit, herauszufinden, wie wir uns gegen unsere eigenen Leute schützen können, die die Entscheidungen treffen. In Deutschland zum Beispiel soll das Grundgesetz eigentlich ein Gesetz sein, das den Einzelnen sowohl vor der Legislative als auch vor der Exekutive schützt. Aber es funktioniert nicht richtig. Sonst, sage ich, wäre Dogru geschützt, aber das ist er nicht.

#Alexandra Hofer

Ja. Ja, also ich denke, das ist das Wichtigste. Meiner Ansicht nach sagen wir, das Volk: „Hört zu, tut uns leid, aber wir wollen nicht in einer solchen Gesellschaft leben.“ Und ich finde, es ist gut, dass diese Sanktion – und natürlich auch andere – einem größeren Zweck dienen könnte, nämlich uns daran zu erinnern: „Hört zu, wir müssen vorsichtig sein mit den Mächten, die existieren und gegen uns eingesetzt werden können.“ Ich habe – weißt du, ich bin gespannt, wie sich das entwickelt. Ich habe dir erwähnt, dass inzwischen auch russische Akademiker aufgelistet wurden. Und, weißt du, wenn man die Begründung liest, heißt es, sie hätten angeblich pro-russische, pro-kremlnahe Verbindungen. Ich habe keine Ahnung, inwieweit das stimmt. Natürlich können sie schreiben, was sie wollen. Aber der Grund für die Aufnahme in die Liste ist, dass sie sagen, Russland reagiere auf die NATO-Erweiterung, dass Russland im Grunde seine Interessen gegenüber dem Westen verteidige, und so weiter und so fort.

Eine solche Art von Analyse ist tatsächlich gar nicht so ungewöhnlich. Man findet sie auch unter Akademikern, die nicht nur russisch sind. Und diese Personen wurden sanktioniert. Es geht nicht darum, dass ihnen vorgeworfen wird, Desinformation zu verbreiten oder etwas zu erfinden. Sie werden aufgeführt, weil sie ihre eigene Analyse und Interpretation einer Situation liefern, die auf Grundlage der Fakten durchaus gültig sein könnte. Ich bin also wirklich neugierig – ich weiß es nicht. Ich hoffe, dass diese Personen ihre Aufnahme in die Liste anfechten werden, denn sie werden zum Beispiel auch als Analysten beschrieben. Es ist nicht so, dass man sie als Propagandaakteure oder Ähnliches bezeichnet; sie werden ausdrücklich aufgrund ihrer Position innerhalb der Wissenschaft, in der russischen Wissenschaft, sanktioniert.

#Pascal

Ja, aber der Punkt ist doch: Wo legt man dagegen Einspruch ein, oder? Welche Gerichte könnten tatsächlich Auswirkungen in der realen Welt haben, oder welche Art von Verträgen könnte man kreativ nutzen, um das zu untergraben? Noch etwas – hat die EU jemals irgendeine Form von Schiedsverfahren in solchen Angelegenheiten akzeptiert? Denn es gibt diesen schönen Vertrag, den Washingtoner Vertrag, bei dem ein Schiedsspruch im Grunde in allen Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden kann, also praktisch überall. Ich frage mich nur, wie man die zugrunde liegende drakonische Befugnis, so etwas zu tun, loswerden könnte.

#Alexandra Hofer

Nun, ich glaube nicht – wenn wir wollten, könnten Gerichte nützlich sein –, aber ich denke, der wirksamste Weg wäre, durch unser eigenes Handeln als Bürger vorzugehen, weißt du, durch die Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Ich denke, wir haben das Europäische Parlament.

#Pascal

Ich weiß ... Michael von der Schulenburg, ja.

#Alexandra Hofer

Ja, aber er meinte, dass viele seiner Kollegen sich nicht allzu sehr darum kümmern. Sie machen mit – und das ist das Problem. Ich denke, im Moment sind sie vielleicht noch unbesorgt, aber wir müssen sehen, was wir tun können, um auf diese Probleme aufmerksam zu machen. Ich weiß, dass es Kollegen gibt, die ich erwähnt habe, die diesen Artikel über die fehlerhafte Anwendung der Regeln zur Meinungsfreiheit durch das allgemeine Gericht geschrieben haben. Ich denke, solche Akteure sind notwendig, um ihnen zu sagen: „Nun, das ist wirklich gefährlich.“ Natürlich liegt das Problem darin, dass wir uns in diesem Russland-Kontext befinden, oder? Die Menschen sind bereit, viele Einschränkungen zu akzeptieren – wegen Russland oder welchem „bösen Akteur“ auch immer wir gerade bekämpfen sollen. Aber dann stellt sich natürlich die Frage: Wann wird das in anderen Situationen angewendet werden? Und wie würden die Menschen dann reagieren, wenn ihnen bewusst wird, wie weit das gehen kann?

#Pascal

Ich meine, das Traurige daran ist, dass wir bereits Menschen haben, die aus völlig anderen Gründen sanktioniert wurden – Nathalie Yamb, weil sie eine antikoloniale Aktivistin in Afrika ist, und Hüseyin Dođru, weil er ein pro-palästinensischer Aktivist ist. Das geht ganz klar aus den Listen hervor. Das Instrument wurde also bereits außerhalb des russischen Kontexts eingesetzt. Jetzt ist im Grunde jeder ein potenzielles Ziel, einfach nur, weil er vielleicht jemandem – wahrscheinlich jemand

Mächtigen – in die Quere gekommen ist. Ich weiß, dass Emmanuel Macron den Namen Nathalie Yambo kennt und sie wegen ihrer Aktivitäten sehr missbilligt. Aber genau diese Willkür des Instruments ist so problematisch und muss irgendwie angegangen werden. In deiner Meinung nach muss das wahrscheinlich durch politische Maßnahmen geschehen, nicht – nun ja, wir können es nicht durch juristische Mittel abschaffen.

#Alexandra Hofer

Nicht nur das. Nein, wir brauchen auf jeden Fall politisches Handeln. Und ich finde schon jetzt, dass das, was du tust, Pascal, nämlich auf dieses Thema aufmerksam zu machen, wichtig ist, weil diese Sanktionen schon seit Langem existieren. Aber es ist gut, dass wir erkennen, wie sie eingesetzt werden können. Ich meine, was ich im Fall der Protestierenden in Kanada so interessant fand, war, dass es kaum Medienberichte darüber gab, dass die Regierung die Konten von Demonstrierenden eingefroren hatte – oder von Menschen, die den Protest finanziert hatten, selbst wenn sie nur, sagen wir, zwanzig kanadische Dollar gespendet hatten. Richtig? Darüber wurde in den Medien überhaupt nicht berichtet.

#Pascal

Und im Moment weiß ich es nicht – keine Berichterstattung in den Mainstream-Medien, obwohl es in unserem Online-Bereich ziemlich groß war. Aber ja.

#Alexandra Hofer

Ja, genau. Es gab also einige Medienberichte über die Sanktionen gegen Jack Bull, aber ich habe sie nicht wirklich in einer Weise gesehen, die ihm besonders wohlgesonnen war. Es wurde größtenteils so dargestellt, wie der Rat ihn präsentiert hat. Aber ich denke, sobald die Leute anfangen zu begreifen, was tatsächlich passiert und was auf dem Spiel steht, werden sie sagen: „Moment mal, da steckt mehr hinter dieser Geschichte, als uns bisher gezeigt wurde.“

#Pascal

Ja, ich denke, besonders in den Mainstream-Medien wird die Schwere dessen, was passiert, nicht berichtet. Was berichtet wird, ist so etwas wie: „Der EU-Rat sagt dies, der andere sagt, es stimme nicht. Wem sollen wir glauben? Ich weiß es nicht. Wer kann das wissen?“ Aber das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass man beginnt, in die Menschenrechte von Personen einzugreifen, ohne dass ein Verbrechen vorliegt. Es gibt kein Verbrechen – kein Verbrechen – und trotzdem werden grundlegende Menschenrechte entzogen. Das ist im Moment völlig, völlig verloren gegangen. Und leider hat das natürlich mit der Funktionsweise der Medien zu tun. Das verstehen wir inzwischen; es wurde erklärt, auch von, äh, äh, wie heißt er noch gleich, wie heißt er... äh, Herman

– mir fällt der Vorname gerade nicht ein – der dieses großartige Buch darüber geschrieben hat, wie sich Medien selbst reinwaschen, wie Propaganda funktioniert. Herman... es wird mir gleich wieder einfallen. Entschuldigung.

#Alexandra Hofer

Er ist sehr berühmt – entschuldige.

#Pascal

Er ist sehr berühmt – Chomsky, Chomsky.

#Alexandra Hofer

Oh, Chomsky. Okay, ja. Wie heißt das Wort – Zustimmung? Nein?

#Pascal

Die Herstellung von Zustimmung.

#Alexandra Hofer

Die Herstellung von Zustimmung. In Ordnung.

#Pascal

Ich meine, das verstehen wir ja. Es ist nur so ... es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber es ist einfach schlimm, dass es so funktioniert – dass die Gesellschaft so funktioniert. Also, ganz allgemein, für die Zuhörerinnen und Zuhörer: Wenn andere zugelassene Anwältinnen oder Anwälte und so weiter zuhören, die kreative Ideen haben, meldet euch bitte. Denn an diesem Punkt müssen wir gemeinsam öffentlich nachdenken – du, ich und andere.

#Alexandra Hofer

Ich habe mich an Kolleginnen und Kollegen gewandt. Ähm, ich habe einige Reaktionen erhalten. Man muss natürlich auch bedenken, dass es während der Feiertage ist. Ja, ja.

#Pascal

Ähm, aber ich denke, ja, weißt du, das ist einfach noch so eine schmutzige Sache – wie Leute am 15. Dezember zu sanktionieren, obwohl man weiß, dass in den kommenden Wochen sowieso alles herauskommt und ihr Leben im Grunde so sein wird, wie es eben ist. Ich meine, Weihnachten muss furchtbar gewesen sein. Jedenfalls, ähm...

#Alexandra Hofer

Oder vielleicht war es herzerwärmend, weil viele Leute zu ihnen kamen – ich habe keine Ahnung. Aber ich frage mich, wissen Sie, die russischen Kollegen, die ich erwähnt habe, ob sie überhaupt von den Maßnahmen betroffen sind, oder? Wenn sie all ihre Vermögenswerte in Russland haben, dann können sie zwar nicht über europäischen Luftraum reisen, was wahrscheinlich lästig ist. Aber ich denke, einige Personen sind weniger betroffen als andere. Ich sage nicht, dass das bedeutet, dass Sanktionen weniger schlimm sind, aber ... ja. Man weiß einfach nicht, wie sie sich auf Menschen auswirken. Und genau deshalb war es überraschend, von Natalie Youngs Erfahrung zu hören, weil man denken würde, nun ja, sie ist in Afrika. Und dann ist es einfach erstaunlich zu hören, wie Unternehmen sich an Vorschriften halten, obwohl sie eigentlich keine rechtliche Verpflichtung dazu haben.

#Pascal

Ich weiß das von Freunden – Juristen, Unternehmensjuristen –, die in den Rechtsabteilungen dieser Firmen arbeiten. Sie führen diese Due-Diligence-Prüfungen durch, richtig? Und was sie auf keinen Fall wollen, ist, irgendein Risiko einzugehen. Wenn es vermieden werden kann, muss es vermieden werden. Deshalb setzen sie lieber zu viel um als zu wenig. Dasselbe gilt für Daten, du weißt schon – Datenschutz und so weiter. Deshalb sehen wir jetzt auf jeder verdammten Startseite diese Cookie-Richtlinien. Es ist eine Überkompensation für potenziellen Schaden. Und genau so verfahren sie auch mit den Sanktionen.

#Alexandra Hofer

Aber das ist der andere interessante Aspekt an der Praxis der EU, denn zunächst war die EU dem gegenüber sehr kritisch eingestellt. Sie wollte nicht, dass ihre Unternehmen US-Sanktionen befolgen, die keine extraterritoriale Zuständigkeit über europäische Akteure oder Unternehmen hatten. Und jetzt sieht man, dass die EU gewissermaßen bereit ist, Maßnahmen zu akzeptieren – oder vielmehr zu übernehmen –, die tatsächlich eine extraterritoriale Wirkung haben, obwohl die EU online darauf besteht, dass ihre Maßnahmen keine solche Wirkung hätten. Dennoch hat sie zunehmend Maßnahmen ergriffen, insbesondere gegen Russland, die Auswirkungen auf Drittstaaten haben.

#Pascal

Ich meine, der Punkt ist, dass sie ihren Unternehmen oder Unternehmen, die innerhalb der EU tätig sind – und Fluggesellschaften haben oft irgendeine Verbindung zur EU – drohen, dass sie dich sehr, sehr hart bestrafen, wenn du dich nicht fügst, richtig? Es reicht also schon eine einzige Zweigstelle irgendwo in oder mit der EU verbunden, und schon ist es soweit. Da ist es besser, etwas umzusetzen, als es nicht zu tun.

#Alexandra Hofer

Es wäre interessant, wenn man es schriftlich hätte, dass die EU oder ein europäischer Akteur das getan hat, denn technisch gesehen ist es ihnen nicht erlaubt. Nach ihren eigenen Regeln dürfen sie das nicht tun. Wenn es sich zum Beispiel um eine afrikanische Fluggesellschaft ohne rechtliche Bindung an die EU handelt, sehe ich nicht, wie die EU dann im Grunde sagen könnte: „Nein, das ist nicht unsere Schuld. Es ist die Fluggesellschaft, die aus eigenem Antrieb Risiken vermeidet oder übermäßig vorsichtig handelt.“ Aber wenn man etwas hat, wo die Fluggesellschaft sagt: „Nein, uns wurde von der EU ganz klar gesagt, dass, wenn wir das tun, dies die Konsequenz wäre“, dann wird die EU dafür verantwortlich.

#Pascal

Nein, es würde mich überraschen, wenn so etwas existierte, denn die EU arbeitet mit Drohungen und Unklarheit. Weißt du, diese Unklarheit ist beabsichtigt – sie schafft so etwas wie ein Damoklesschwert, das über einem hängt und das die Rechtsabteilungen dann zu vermeiden versuchen. Daher würde es mich wirklich wundern, wenn es irgendeine Art von ... gäbe.

#Pascal

Meinungsstark.

#Pascal

Und, weißt du, Alexandra, gibt es etwas, von dem du denkst, dass wir es heute nicht angesprochen haben, das aber besprochen werden sollte?

#Alexandra Hofer

Ähm, nein, ich glaube nicht. Ich denke, wir haben bereits festgestellt, dass die Lage im Moment ziemlich düster ist, aber hoffentlich gewinnen wir genug Schwung, um die Dinge zum Besseren zu wenden.

#Pascal

Ich hoffe das auch. Ich hoffe das auch. In diesem Fall vielen Dank für Ihre Einschätzung und für dieses gemeinsame öffentliche Online-Brainstorming. Ich weiß das wirklich zu schätzen. Für Menschen, die mehr von Ihnen lesen möchten – wohin sollten sie gehen? Haben Sie einen Ort, an dem Sie Ihre Arbeiten und so weiter hochladen?

#Alexandra Hofer

Ich glaube, alle Artikel, die ich veröffentlicht habe, sind in meinem Online-Profil an der Universität Utrecht verfügbar. Also ja, dort kann man sie finden.

#Pascal

Ich werde den Link zu Ihren Veröffentlichungen an der Universität Utrecht in die Beschreibung dieses Videos unten einfügen. Alexandra Hofer, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

#Alexandra Hofer

Vielen Dank, Pascal.